

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin  
Liebe Anwesende,

**Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts....**(unbekannt)

Diese banale Erkenntnis ist wohl jedem geläufig und sie ist uns jetzt bei den Haushaltsberatungen und angesichts der langen Liste von anstehenden Projekten zur wohl mehrfach durch den Kopf gegangen.

Und trotzdem: **Geld ist nicht alles:**

Deshalb möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei allen Vereinen, Organisationen, bei den Bürgerinnen und Bürger bedanken, die mit ihrem Engagement, ihrer Kreativität, ihres Einsatzes, ihrer Großzügigkeit es uns ermöglicht haben, über das ganze Jahr 2022 hinweg mit einem riesigen Programm den 100. Geburtstag unserer Stadt gemeinsam zu feiern. Und das trotz eines zunächst sehr kleinen Budgets.

Geld ist nicht alles, das haben Sie wieder mal bewiesen! Nochmals herzlichen Dank!

Zu dem vorliegenden Haushaltsentwurf:

Viele und sicher guten Konzepte und Ideen zur Stadtentwicklung sind in der vergangenen Zeit entstanden (Zollareal, Ganzjahresbad, Schulentwicklungskonzept) und sollten jetzt auch Eingang gefunden haben in den jetzt zu beschließenden **Haushaltsentwurf**.

Für 2023 stehen im Haushalt derzeit den Erträgen von 89,1 Mio. Ausgaben in Höhe von jetzt knapp 96 Mio. Euro gegenüber. Hinzu kommt eine lange Liste von begonnenen, aber noch nicht abgeschlossenen Investitionen. Bei einer Gesamtsumme für Investitionen von 14.8 Mio. wird der Finanzhaushalt mit einem Minus -13.9 Mio. abschließen, die über unsere Rücklagen gedeckt werden müssen. Ein Teil der Investitionen sind durch Verpflichtungsermächtigungen von über 7,1 Mio. abgesichert. So bleiben für neue Projekte nur wenige Spielräume.

Und da heißt es tatsächlich: „**Ohne Geld ist alles nichts**“.

Die vergangenen zwei Haushaltsjahre waren durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Jahre belastet. Mit den in 2021 beschlossenen und dann auch vollzogenen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, durch eine Verschiebung von Investitionen und Einsparungen durch nicht besetzte Personalstellen, aber auch durch höhere Zuweisungen, könnte vermutlich der letztjährige Planansatz für 2022 von 3,23 Mio. doch etwas besser ausfallen..

Die Einnahmenverbesserungen in 2021 bei der Gewerbesteuer ließen uns auf einer anziehenden Konjunktur hoffen. Eine Hoffnung, die im Februar mit dem Überfall von Russland auf die Ukraine und dem Lieferstopp von Erdgas zerstob.

Auch wenn wir für 2022 nochmals mit einem leichten Anstieg der Erträge rechnen, wird sich dies in 2023 anders darstellen: Hier werden wir mit einem Defizit von -6,9 Mio. abschließen, ursächlich sind sinkende Erträge und Zuweisungen, die sinkenden Gewerbesteuern und die derzeit nicht von dem höheren Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer aufgefangen werden. Hinzu kommt die erhöhte Kreisumlage.

Diese Prognosen sind zudem mit Unsicherheiten versehen: Die aktuelle Steuerschätzung und der Haushaltserlass lassen auf sich warten, die Ergebnisse künftiger Tarifverhandlungen sind offen. Die Personalkosten für die auf 344 angestiegenen Arbeitskräfte liegen derzeit bei 23,7 Mio. Euro und machen 25% der gesamtstädtischen Ausgaben aus. Diese stete Steigerung der Kosten muss im Blick behalten werden.

Ebenso ist nicht auszuschließen, dass die hohen Energiepreise die Inflation weiter hoch halten wird, was sich auf die Gewerbesteuervorauszahlungen auswirken.

Noch herrscht Konsens, dass wir in der derzeitigen Situation, in der die Bürgerinnen und Bürger durch die extrem hohe Inflation belastet werden, nicht durch weitere Gebühren- und Steuererhöhungen zusätzlich belasten wollen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Unsere Planungen und Entscheidungen werden mehr denn je von den großen globalen Krisen und Umbrüchen bestimmt:

- Vom Ukrainekrieg mit seinen Folgen auf die Weltwirtschaft.
- Das zu Ende gehende Zeitalter der fossilen Brennstoffe und der Klimawandel mit all seinen Folgen.

- Die Herausforderungen bei der Integration der aus den Krisengebieten zu uns gekommenen Menschen
- Die schon lange bekannten Herausforderungen durch den Demografischen Wandel.

Im **Kita-Bereich** wird dies besonders deutlich.

Die Kinderzahlen steigen, Eltern wollen und müssen gerade angesichts schwieriger Zeiten wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, wo sie auch gesucht und gebraucht werden, was bei ca. fehlenden 200 Betreuungsplätzen in den Kitas nicht immer möglich ist und zu Ungerechtigkeiten führt. Ein weiterer, wie bisher geplanter Ausbau von Kitaplätzen wird durch die steigenden Baupreise und Lieferengpässe ausgebremst. Und weitaus problematischer ist das fehlende Fachpersonal, um neue Gruppen zu eröffnen und um die nötigen Betreuungszeiten bis hin zur GT-Betreuung leisten zu können.

Durch die Wald- und Naturkindergärten konnten neue Angebote geschaffen werden. Sie befreien uns jedoch nicht von weiteren, notwendigen Planungen von neuen Kita-Gruppen. Zur Gewinnung von Fachkräften geht die Stadt verschiedene Wege: Sei es über das Ausbildungs- Programm PIA, sei es über intensive Werbung, Sonderprogramme zur Unterstützung der Erzieher im Alltag, zusätzliche Kräfte für die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten und jetzt auch vielleicht im Betreuungsbereich in einer Kita. Gerade dies ist eine schwierige Entscheidung in Selbstverständnis einer Kita als Bildungseinrichtung und im Hinblick auf die Verantwortung gegenüber den Kleinkindern. und bleibt hoffentlich nur eine Übergangslösung.

Insgesamt wird in 2023 für den Betrieb der Kitas mit Betriebskostenzuschüssen von 9,82 Mio. geplant.

Aus der volkswirtschaftlichen Erkenntnis „Kein Kind und kein Jugendlicher darf uns heute verloren gehen“ heraus, stehen auch in unserer Fraktion die Investitionen in Bildung und Betreuung an vorderster Stelle.

Bei den Schulen wurden keine Budgetkürzungen vorgenommen und im kommenden Jahr werden wir in unsere Schulen über 6,6 Mio. investieren, das sind 1,25 Mio. mehr als 2022. Dies betrifft dringenden Sanierungsarbeiten an Realschule und Fécamp-Halle, für die Planung und Anbaus der Scheffelschule und Campus, Auch in den kommenden Jahren werden weitere große Investitionen folgen. Die SPD-Fraktion hat beantragt, dass für die

Hebelschule über eine Planungsrate hinaus früher Gelder für den notwendigen Anbau eingestellt werden.

In der Vergangenheit haben wir für die kommunale Jugendarbeit, in unsere Jugendeinrichtungen aus gutem Grund viel investiert.

Angesichts der Folgen von Corona und der personellen Probleme im Jugendbereich, ist uns dieser Bereich entglitten. Gerade hat der Deutsche Ethikrat nochmals auf die Belastungen für Kinder und Jugendliche durch Corona hingewiesen.

Wir können zwar über Videoüberwachung des öffentlichen Raums zum Schutz vor Vandalismus nachdenken, noch wichtiger ist es doch wohl, bei den Jugendlichen hinzuschauen, mit ihnen im Gespräch zu bleiben: Die Belange der Jugendliche müssen wieder mehr gehört werden. Jugendbeteiligung ist in der Gemeindeordnung festgeschrieben. Jugendlichen sollen ebenso offene Freizeitangebote gemacht werden. Hierzu zählt die geplante Skateranlage, deren Umsetzung zusammen mit den Jugendlichen erfolgen sollte. Mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion, die hierfür geplanten Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2023 zu belassen und mit einem Sperrvermerk zu belegen, um mit einer Planungsrate die Kosten genauer prüfen zu können, wurde die Möglichkeit erhalten, das Projekt vollständig oder in Modulen anzugehen..

Jugendbeteiligung in Form eines Jugendparlaments kann nicht verordnet werden, dies braucht Aufbauarbeit, die in den letzten Jahren über das Modellprojekt 8ter Rat angegangen wurde. Aus diesem Grund haben wir als SPD-Fraktion beantragt, für die Weiterführung dieser Aufbauarbeit hin zu einem neuen Jugendparlament einen eigenen Etat in den Haushalt aufzunehmen.

Wir sind ebenso verpflichtet, die Bedürfnisse der alten Menschen in der Stadt wahrzunehmen:

Angesichts des demografischen Wandels mit der steigenden Zahl an hochbetagten, pflegebedürftigen Mitbürger\*Innen besteht Konsens, dass das Bürgerheim zukunftsgerichtet umgebaut werden muss. Dabei geht es nicht nur darum, die kritisch zu bewertende Landesheimbauverordnung umzusetzen, die Zahl der Pflegeplätze zu erhalten, sondern auch Plätze für Kurzzeitpflege zu schaffen. Der Ausbau und Teilneubau des Bürgerheims hat uns im Laufe der Planung immer wieder vor schwierige Entscheidungen gestellt. Die auf jetzt knapp 31 Mio. gestiegenen Baukosten und die

Obergrenzen zur Refinanzierung der Investitionen zwingen uns, uns hier auf das absolut Notwendige zu reduzieren. Erschwerend kommen nun die allgemeinen Kostensteigerungen dazu. Für den Haushalt 2023 des Bürgerheims müssen wir derzeit mit einem Defizit von 483.000,- rechnen. Ursächlich hierfür sind die sich mehr als verdoppelten Energiekosten, die steigenden Personalkosten und Lebensmittelpreise. Bereits jetzt liegt der Eigenanteil für die Bewohner bei über 3000,- Euro und es ist damit zu rechnen, dass die Kosten weiter steigen und immer weniger Bewohner künftig diesen Satz aus eigener Tasche zahlen werden können.

Umso wichtiger ist es, in den Umbau unseres Gesundheitsversorgungssystems zu investieren und durch ambulante Angebote Menschen möglichst lange ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Ein kleiner Baustein hierfür kann für uns das Angebot eines Bürgerbusses sein, der keinesfalls als Konkurrenz für den ÖPNV zu sehen ist, sondern als eine Ergänzung für Beförderungsleistungen für ältere Mitbürger\*innen, die der ÖPNV nicht leisten kann. Die SPD Fraktion sieht jetzt den Zeitpunkt gekommen, dieses Projekt endlich umzusetzen.

Mehr als jede Studie zum Klimawandel, hat der Ukrainekrieg uns brutal vor Augen geführt, in welcher Abhängigkeit wir uns von Energielieferungen befinden, wie dringend eine Abkehr von den fossilen Brennstoffen ist.

So ist es für uns keine Fragen, dass der begonnene Ausbau des Nahwärmenetzes durch die Stadtwerke mit allen Mitteln zügig fortgeführt werden muss. Die erfolgreiche Kooperation von Evonik, dem Energiedienst und Stadtwerke, trägt dazu bei, dass wir uns den gesetzten Klimaschutzziele zumindest bei der Wärmeversorgung annähern können. Auch wenn wir durch das Wasserkraftwerk bereits grünen Strom beziehen können, so ist der weitere Ausbau von Photovoltaik unabdingbar. Die Förderung durch die Stadt hat hier für Hausbesitzer Anreize geschaffen und dies muss weiter fortgeführt werden.

Deutliche Bemühungen zur Umsetzung der notwendigen Verkehrswende fehlen uns nach wie vor. Hier hoffen wir nun auf die Ergebnisse aus dem Klimabeirat.

Der Unterhalt und Ausbau des Wasserversorgungsnetzes ist wichtig. Das hat uns der Dürresommer 2022 deutlich gemacht. Die Investitionen der Stadtwerke mit dem Betriebszweig Wasserversorgungen in Höhe von 5 Mio. sind notwendig, werden sich aber mit den deutlich steigenden Zinsen und dem notwendigen Aufbau der Infrastruktur für die kaufmännischen Betriebsführung verteuern.

Die derzeitige globalen Krisen und ihre Folgen treffen uns alle, nicht nur die Kommunen. Sie trifft den Kreis Lörrach und unsere Partner vor Ort. Auch sie müssen entscheiden, was künftig noch möglich ist. Es ist davon auszugehen, dass die Mehrbelastungen, weitere Kostensteigerungen, von allen Seiten an die Stadt weitergereicht werden und dann hier schlussendlich aufgefangen werden müssen, sollten sich die Fördermodalitäten durch Bund und Land nicht ändern. Dessen müssen wir uns bewusst sein für alle kommenden Entscheidungen. Trotzdem dürfen wir unsere langfristigen Planungen zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung nicht aus den Augen verlieren. Und hier kann es nur heißen: Keine großen Versprechungen machen, aber kreative Lösungen mit allen suchen. Und dann trifft es wieder zu: **Geld ist nicht alles**

Ich bedanke mich in Namen der SPD Fraktion Ihnen Herrn Oberbürgermeister Eberhardt, bei Frau Bürgermeisterin Schippmann, der Kämmerei und insbesondere bei Herrn Reiher für die umfassenden Vorbereitungen und Erläuterungen zum Haushaltsentwurf.

Die SPD- Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf 2023 und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zu.

Karin Paulsen-Zenke, Fraktionssprecherin